

Pressefreiheit verteidigen

Eine freie Presse darf auch provozieren - und die islamische Welt muss lernen, dass auch die Religion Zielscheibe von Kritik und Satire sein kann, sagt der grüne Menschenrechts-Sprecher Volker Beck.

Seite 2

Neue Radwege für Neukölln

Neukölln hat seinen „Fahrrad-Masterplan“ - mit neuen Routen, von denen nicht nur die Radfahrer profitieren werden. Vor drei Jahren bereits hatten die Grünen das Projekt initiiert, nun wird es umgesetzt.

Seite 3

Gropius-Passagen groß genug

Aus für die Erweiterungspläne der Gropius-Passagen. Nach Protesten der Anwohner und Bedenken der IHK zog der Senat nun die Notbremse. Anwohner und Gewerbetreibende in Neukölln atmen auf.

Seite 4

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 156, Februar 2006

Mit Kultur, Bildung und Wissenschaft kommt Berlins Wirtschaft auf die Füße

Grüne: Förderung darf nicht nach Gießkannen-Art laufen

Berlin - Statt Hauptstadt der Arbeitslosigkeit zu sein muss Berlin zur Hauptstadt der „Neuen Selbstständigen“ werden. Und: Statt am Tropf von Bundesmitteln zu hängen, muss Berlin in absehbarer Zeit wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen.

Das sind die Zielvorgaben der Wirtschaftspolitik, die die Bündnisgrüne Abgeordnetenhausfraktion auf ihrer Klausurtagung im Januar beschloss. Grundlage einer neuen Wirtschaftspolitik: Die Wirtschaftsförderung muss weg vom Gießkannenprinzip. Die subventioniert zwar wahllos jede Neuansiedlung - sieht dann aber hilflos zu, wie die begünstigten Firmen nach Ablauf der Bindungsfrist wieder aus der Stadt verschwinden. Sinnvolle Wirtschaftsförderung, meinen die

Grünen, konzentriert sich dagegen auf die Knackpunkte, auf die zukunftsfähigen Branchen. Das sind für die Grünen zum Beispiel die Kommunikationsbranche, Forschungsunternehmen, kreative Unternehmen wie Modedesigner oder die Organisatoren von Großveranstaltungen - und natürlich die innovative Umwelt-Technologie.

Leitbild grüner Wirtschaftspolitik: „Berlin - Stadt der Kreativität und des Wissens.“

Kreativwirtschaft und die Gesundheitsbranche sind schon jetzt Berlins große Stärken. Doch der rot-rote Senat, so stellt die grüne Fraktion fest, lässt zum Beispiel das Rundfunkgelände in der Nalepastraße verkommen. So geht ein wichtiger Standort verloren. Die grüne Fraktion: „Solche unterlassenen Investitionen sind die teuerste Form von Neuverschuldung, die es gibt.“

Ein anderer Schwachpunkt der aktuellen rot-roten Politik: Ein unnötiger Konkurrenzkampf mit Hamburg, der keinem etwas nutzt, aber beiden Städten schadet. Volker Ratzmann, stellvertretender Vorsitzender der grünen Abgeordnetenhausfraktion: „Berlin und Hamburg müssen lernen, dass sie heute einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden. Und es kann nicht das Interesse sein, dass dazwischen eine Brache liegt.“

Wenn Berlins Wirtschaft auf die Füße kommen soll, braucht die Stadt eine engere Verzahnung mit dem Umland. Der grüne Vorschlag dafür: Die Bildung einer „Euregio“, die es kleinen und mittelständischen Unternehmen aus Berlin und Brandenburg ermöglicht, sich neue Märkte in Ost- und Mitteleuropa zu erschließen.

Für eine erfolgreiche Internationalisierung bietet Berlins Wirtschaft bereits heute beste Voraussetzungen. Schließlich zählt die IHK rund 22000 Unternehmen in der Stadt, die von Immigranten und Immigrantinnen gegründet wurden. Das baut Brücken zwischen Berlin und den jeweiligen Herkunftsländern, hat bereits zehntausende Arbeitsplätze geschaffen.

Um diesen Weg weiter zu gehen, muss aber noch viel Bürokratie abgebaut, müssen neue Strukturen geschaffen werden. Ratzmann: „Wir brauchen in der Wirtschaftspolitik einen völligen Mentalitätswechsel.“

Neuköllns schöne Seiten

Jungfernmühle – ein Stück Holland in Buckow



Auch wenn der Wind längst nicht mehr die Flügel der Windmühle in der Buckower Goldammerstraße bewegt, die Jungfernmühle – älteste erhaltene Mühle Berlins – ist mit ihrer 250 jährigen Geschichte zu einem Wahrzeichen von Buckow geworden. Seit 1980 als Mühle funktionslos gibt sie heute dem kleinen „Holländer-Viertel“ ein besonderes Gepräge.

Die Jungfernmühle war in ihrem „Leben“ – wie der legendäre Müller im Volkslied – stets auf Wanderschaft: 1753 von dem niederländischen Zimmermann Adrian den Ouden in den Schlosspark von Sanssouci gestellt, wanderte sie bald auf den Mühlenberg von Potsdam, um schließlich, nach einem Zwischenstopp auf den Rollbergen an der heutigen Karl-Marx-Straße, in Buckow ihre Heimat zu finden. Hier war der Wind bis 1926 ihre treibende Kraft. Später sorgten star-

ke Elektromotoren für die Existenz von insgesamt vier Müller-Generationen, der Familie Wienecke. Nach 1980, dem Ende der Windmühlenära in Berlin, versuchten Neuköllner Stadtplaner ein harmonisches Ensemble rund um die Mühle zu gestalten: Sie statteten die Neubauten rund um die Mühle als holländische Giebelhäuser mit roten Backsteinen aus.

Damit war auch der Fortbestand der Jungfernmühle, zwar „nur“ als Restaurant, gesichert. Seit der Eröffnung der „Jungfernmühle“ im Dezember 1993 sind die Buckower stolz auf ihr Holländer-Viertel, mitten in Neukölln.

Eine selbstkritische Anmerkung: Die Neuköllner Grünen (Alternative Liste) waren damals nicht begeistert von einem „Einkaufszentrum“ rund um die Mühle... Damals war's, und die Gropiuspassagen waren noch ein ungelegtes Ei! jübb



Standort Adlershof: Berlins Zukunft liegt in Kultur, Wissenschaft und Bildung. Foto: Adlershof.de

Qualität vor Masse: Doch der Berliner Senat hat kein Konzept

Für die berufliche Qualifizierung von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen fehlen der rot-roten Koalition die zündenden Ideen

Berlin – Für Arbeitsmarktpolitik fehlt dem rot-roten Senat das Konzept. Dieses Fazit zog Sibyll Klotz, Vorsitzende der grünen Abgeordnetenhausfraktion, auf einem Erfahrungsaustausch von Experten und Betroffenen zu Hartz IV und den Perspektiven des Arbeitsmarktes.

Die wesentlichen Kritikpunkte von Sibyll Klotz:

Die Aktivierungsquote alleine, nach der Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung oder Job in die unterschiedlichsten „Maßnahmen“ nutzt gar nichts. Klotz: „Wir brauchen Aktivierung plus Qualität.“

Mehr Qualität wird aber nicht nur in den Berufsbildungsmaßnahmen und bei den „Arbeitsgelegenheiten“ benötigt - mehr Qualifikation brauchen auch

die Mitarbeiter in den Jobcentern. Die Bündnisgrüne Arbeitsmarkt-Expertin: „Ein Berufsberater der Arbeitsagentur hat aus gutem Grund eine dreijährige Ausbildung hinter sich. Aber Fallmanager beim Jobcenter ist man bereits nach ein paar Wochen Training.“ Das könne so nicht angehen.

Für junge Arbeitslose unter 25 Jahren müssten die so genannten Ein-Euro-Jobs die absolute Ausnahme sein, meinte Sibyll Klotz weiter. Hier hätte echte berufliche Qualifizierung absoluten Vorrang zu haben. Und schließlich: Mit der stärkeren kommunalen Verantwortung müsse endlich ernst gemacht werden. Ziel: Gemeinsam mit bereits bestehenden sozialen Projekten könne, so Klotz, ein gemeinwirtschaftlicher Sektor geschaffen werden, der den jetzt noch arbeitslosen Menschen eine sinnvolle Perspektive bietet.

Dem Senat fällt unterdessen nicht viel mehr ein, als auf eine stärkere Autonomie der einzelnen Jobcenter zu setzen.

Und gerade das ist nach Auffassung der Praktiker wirklich kein Allheilmittel. Stephan Felisiak, Geschäftsführer vom Jobcenter Kreuzberg-Friedrichshain: „60 Prozent der von uns betreuten Jugendlichen haben nur den Haupt- oder gar keinen Schulabschluss. Und 80 Prozent der Jugendlichen in unserem Bezirk haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wir können mit Trainingsmaßnahmen unsere Kunden allenfalls fit machen, dass sie fähig sind, sich zu bewerben. Aber wir können sie nicht in Stellen vermitteln, die es gar nicht gibt.“

Jürgen Bielert, operativer Geschäftsführer der auch für Neukölln zuständigen Arbeitsagentur Süd, sieht eine wesentliche Schwachstelle schon im Gesetz: „Alle halbe Jahre muss ein Antrag auf ALG II neu gestellt, von unseren Leuten also auch neu bearbeitet werden. Diese Frist ist viel zu kurz. Unter diesen Umständen bleibt uns nicht viel mehr als dafür zu sorgen, dass die Leute wenig-

stens ihr Geld pünktlich bekommen.“ Die Einrichtung der Stelle eines Ombudsmannes für Hartz-IV-Angelegenheiten hätte nach Meinung der Grünen noch manch andere Schwachstelle aufdecken und Abhilfe schaffen können. Doch den entsprechenden Antrag hat die rot-rote Koalition abgeschmettert.



Sibyll Klotz, Fraktionsvorsitzende der Grünen, wirft dem Senat vor, beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kein Konzept zu haben

Berlins größter Bio-Discount

Abholmarkt · Dauerniedrigpreise · Fachberatung · Ideal für den großen Bedarf

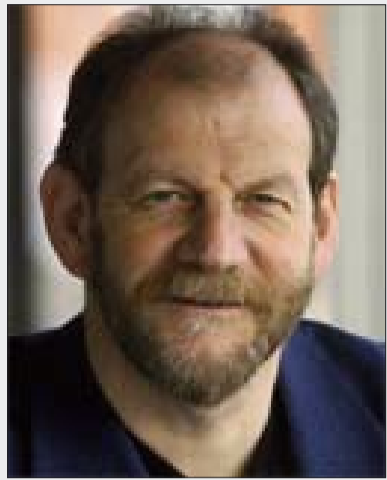


BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen

Bergiusstr. 36 (AB Grenzallee) · 12057 Berlin · Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Fon 68056661 · www.big-bio.net

Michael Cramer, Mitglied des
Europa-Parlaments:

Brief aus Brüssel



Arbeitnehmer-Rechte werden nicht gegen, sondern in und mit Europa verteidigt

Das ist ein Erfolg der europäischen Gewerkschaften, ein Erfolg europaweiter Streiks, ein Erfolg des Europäischen Parlaments: Das „Port Package II“ ist vom Tisch. Monatlang hatten auch die Grünen im Europäischen Parlament (EP) gegen den Vorstoß der Kommission gestritten, und schließlich fand der grüne Antrag die Zustimmung des Parlaments.

Darum war es gegangen: Nach dem „Port Package II“ sollten unter anderem die Reedereien in den europäischen Häfen künftig „eigene Leute“ zum Be- und Entladen ihrer Schiffe einsetzen können. Für die europäischen Hafentarbeiter wäre das ein herber Schlag gewesen, hätte Lohnabbau oder Arbeitsplatzverlust bedeutet. Maßnahmen gegen Sozial-Dumping waren in den Kommissionsvorschlägen nämlich nicht vorgesehen, hatten auch wir Grünen kritisiert.

Dazu war die Vorlage des „Package II“ schlechter Stil von EU-Kommissar Barrot. Denn sein Vorgängerin Loyola de Palacio war damit bereits im Europäischen Parlament gescheitert, nun wurde im Prinzip das gleiche Dokument schlicht noch einmal präsentiert.

Was für künftig für die Häfen brauchen: Eine Transparenz-Regelung, fairer Wettbewerb, der nicht durch unterschiedliche Staatsfinanzierungen behindert wird. Außerdem muss die Hinterlandbindung auf den Prüfstand, damit der umweltfreundlichere Eisenbahn-Güterverkehr eine Chance bekommen kann. EU Verkehrs-Kommissar Barrot muss jetzt die Argumente des Europa-Parlamentes aufzunehmen und eine neue Regelung vorzulegen, die zu mehr Transparenz und ökologischer Verkehrsbindung der Häfen führt.

In jedem Fall gibt es aber eine wichtige Lehre aus der Auseinandersetzung um das „Port Package II“: Erfolgreich verteidigt werden Arbeitnehmerrechte nicht gegen Europa – sondern in und mit Europa.

Armen Kindern bringt das nichts

Berlin - Die von der CDU-SPD-Koalition eingeführte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ist eine halbherzige Reform. Kindern, deren Eltern wegen geringen Verdienstes keine oder wenig Steuern zahlen, bringt die Reform nichts, meint die grüne Parteivorsitzende Claudia Roth.

„Statt Paragrafenschwungel braucht es mehr Kitaplätze für eine bessere Verein-

Grüne: Religionen müssen gleich behandelt werden

Partei-Vorsitzender Reinhard Bütikofer spricht sich für deutschsprachigen Islam-Unterricht aus

Berlin – Bündnis 90/Die Grünen haben sich für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache und mit an deutschen Hochschulen ausgebildeten Lehrern ausgesprochen: „Das ist ein Gebot der Gleichbehandlung, und die gilt auch für muslimische Schülerinnen und Schüler“, sagte der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer in Berlin.

Damit stützte Bütikofer einen entsprechenden Vorstoß von Niedersachsens CDU-Ministerpräsidenten Christian

Wulff. „Mit seinem Vorschlag hat Wulff sich der grünen Position angenähert“, so Bütikofer

Der Grünen-Vorsitzende hob die Rolle der Sprachbeherrschung als „zentrales Integrationsmoment“ hervor. Freiwillige Übereinkünfte zwischen Lehrern, Eltern und Schülern, auf Schulhöfen nur deutsch zu sprechen, sehen die Grünen positiv. Eine Schule im Berliner Wedding versucht mit einer solchen Regelung seit geraumer Zeit, die Sprachbarrieren zwischen ihren verschiedensprachigen Schülern abzubauen und deren Deutschkompe-

tenz zu stärken. „Diese Übereinkunft ist richtig und ein positives Beispiel“, so Bütikofer. Wichtig sei auch, dass auf der Schule zugleich der Deutschunterricht von vier auf sechs Stunden erweitert wurde.

Bei der Integration von Schülern müsse man „verschiedene Wege ausprobieren“, so Bütikofer. Er warnte jedoch davor, freiwillige Übereinkünfte, wie sie die Berliner Schule praktiziert, in Gesetzesform gießen zu wollen: „Dafür brauchen wir keine gesetzlichen Regelungen“.

(Siehe auch Leserbrief Seite 5)

Länger arbeiten? Aber doch nicht so!

Der SPD-Vorstoß zur „Rente 67“ führt nur zu neuer Verunsicherung

Berlin – Der unerwartete Vorstoß von SPD-Bundesarbeitsminister und Vize-Kanzler Franz Müntefering, das Rentenalter früher als ursprünglich geplant von 65 auf 67 anzuheben, stößt auf den Widerspruch der Bündnisgrünen.

Der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer sagte, Bundesarbeitsminister Franz Müntefering produziere als „Rentenkonfusionsminister“ lediglich Verwirrung. „Ohne jede Untermauerung mit Sachargumenten“ werde jetzt darüber sinniert, so Bütikofer, ob die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre - statt wie vereinbart binnen 24 Jahren - bereits in 18 oder gar in zwölf Jahren zu verwirklichen sei.

„Das klärt überhaupt nichts und verunsichert die Menschen“, meinte der Grünen-Vorsitzende.

Reinhard Bütikofer sagte, für Bündnis 90/Die Grünen sei klar, dass perspektivisch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit - auch über das 65.



Senioren über 65: Künftig arbeiten - egal, zu welchen Bedingungen?

Lebensjahr hinaus - nötig sei. Jedoch sei der wichtige Aspekt an dieser Diskussion, bessere Arbeitsmöglichkeiten

für ältere Menschen zu finden und dabei auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen.

Eine freie Presse darf auch provozieren

Beck: Die Mohammed-Karikaturen können kein Grund zur Gewalt sein

Berlin – Die massiven und teilweise gewaltsamen Proteste in islamisch geprägten, vor allem arabischen Ländern gegen die Mohammed-Karikaturen, die zuerst in einer dänischen Zeitung abgedruckt wurden, stoßen bei den Grünen auf Unverständnis. Meinungsfreiheit gelte „auch in der Auseinandersetzung mit religiösen Dingen“, sagte Grünen-Politiker Volker Beck, Sprecher für Menschenrechtspolitik.

„Ich hoffe und vertraue darauf, dass Muslime in Deutschland die Meinungsfreiheit in Deutschland anerkennen, schätzen und verteidigen. Die muslimischen Organisationen in Deutschland und Europa sind aufgefordert, unser europäisches Verständnis von Glaubens- Meinungs- und Pressefreiheit in die islamische Welt zu vermitteln. Ich komme aus einer Stadt, in der Karneval und katholische Kirche immer wieder aneinandergrenzen. Als der Tünnies in der Stunksitzung ans Kreuz genagelt wurde, und Katholiken sich erregten, fand ich, dass das kein Fall für den Staatsanwalt ist, sondern der alte Gotteslästerungsparagraph endlich auf den Misthaufen der Rechtsgeschichte gehört.

Nicht alles, was unbestraft bleibt, muss man schon für geschmackvoll und aktzeptabel halten. Meinungsfreiheit meint aber gerade, dass nicht nur die

von allen akzeptierten Meinungen und Haltungen geäußert werden dürfen. Muslime müssen genau so wie die christlichen Kirchen und Juden Kritik und Satire ertragen. Da muss bei allen religiösen Bekenntnissen die gleiche Elle angelegt werden. Die Meinungsfreiheit gilt auch in der Auseinandersetzung mit religiösen Dingen.“

Beck verwies in diesem Zusammenhang auf drastische Karikaturen aus mehreren arabischen Ländern, in denen Israelis und Juden als Kinder mordende Nazis und als Betreiber des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz dargestellt werden. Gegen solche oft antisemitischen Karikaturen habe - anders als bei den Karikaturen jetzt - niemand in der arabischen Welt protestiert.

„Wer wegen einer unangemessenen Mohammed-Karikatur mit Bombe im Turban mit Bombendrohung reagiert, gibt denen recht, die dieses Bild für eine Beschreibung des Islam halten. Hier ist zuallererst eine Stellungnahme gegen Gewalt und gegen die Billigung von Gewalt gefordert“, meinte Beck. Der Grünen-Politiker hatte sich in der Vergangenheit wiederholt für die Aufhebung des Gotteslästerungs-Paragraphen in Deutschland ausgesprochen.

Positioniert haben sich die Grünen auch zum Sieg der Terrorgruppe Hamas bei



Die Pressefreiheit muss verteidigt werden, meint Volker Beck.

den palästinensischen Parlamentswahlen. „Die Hamas ist derzeit kein Gesprächspartner“, sagte der Partei-Vorsitzende Reinhard Bütikofer. Um sich als Gesprächspartner zu qualifizieren, müsse die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennen, sich zum Gewaltverzicht bekennen und sich „auf dem Grund des bisherigen Friedensprozesses“ bewegen. Hamas-Aktivisten waren nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen führend an den Ausschreitungen gegen europäische Einrichtungen beteiligt.

Iranische Gewerkschafter verhaftet

Berlin/Teheran – Während das Atomprogramm des iranischen Mullah-Regimes die Augen der Weltöffentlichkeit auf sich zieht, rollt durch das Land eine international kaum beachtete Streikwelle. Iranische Arbeitnehmer kämpfen für bessere Lebensbedingungen und gewerkschaftliche Rechte.

Nach dem ersten erfolgreich verlaufenen Streik im Dezember 2005 wurden einige

Gewerkschaftsführer ohne Begründung verhaftet, darunter auch der Gewerkschaftsvorsitzende Mansour Ossanlu. Seitdem ist über ihn nichts bekannt. Dazu die grüne Parteivorsitzende Claudia Roth: „Wir fordern von der iranischen Staatsführung die umgehende Freilassung aller Inhaftierten und die Einhaltung der Rechte von Gewerkschaften. Unsere Solidarität gilt allen streikenden Arbeitern und der sympathisierenden Bevölkerung.“



Grünen-Vorsitzender Reinhard Bütikofer



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:

Vorstandssprecher:

Gabriela Gebhardt, Tel.: 6037754;
Rainer Penk, Tel.: 6213473

Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet: <http://www.gruene-berlin.de/neukoelln>, E-Mail:
neukoelln@gruene-berlin.de

Bezirksgruppe

Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächster Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefone

Ausländerpolitik/Immigration:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Bau und Verkehr: Jürgen Biele,
663 56 40

Frauen: Carola Scheibe-Köster,
68 0927 73

Jugend, Kinder, Schule:

Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Kultur: Sabine Kaldemorgen,
6922498

Natur- und Grünflächen:

Doris Schönduwe, 663 56 40

Neuköllner Stachel und Homepage der Bezirksgruppe:

Detlef Fritz, 0172-3904826

Soziales: Gabi Vonnekold, 6116635

Umweltschutz:

Jürgen Biele, 663 56 40

Wirtschaft: Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes:

Jürgen Biele (jüb), Detlef Fritz (df),
Sabine Kaldemorgen (ska)

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Gabriela Gebhardt, Christian Kölling,
Axel Stein, Rainer Penk

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin

Anzeigenleitung:

Gabriela Gebhardt, 603 7754

E-Mail: gabi.gebhardt@snafu.de

Druck: Henke Pressedruck GmbH

Satz: Andreas Wernicke

Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

Behördengerangel stoppt Gueffroy-Ehrung

Nach einem Jahr noch nichts passiert: Damals hatte die Neuköllner BVV einstimmig beschlossen, die Brücke über den Britzer Zweigkanal in „Chris-Gueffroy-Brücke umzubenennen“. Damit sollte das letzte Opfer der Berliner Mauer angemessen geehrt werden. Doch warum trägt die Brücke noch immer nicht den Namen des ermordeten jungen Mannes, der durch den Zweigkanal nach West-Berlin schwimmen wollte, dabei von DDR-Grenzsoldaten erschossen wurde, hakte der bündnisgrüne Bezirksverordnete Jürgen Biele nun nach. Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) musste Behörden-Gerangel einräumen: Zuständig sei der Eigentümer der Brücke, der Senat. Der ist zwar auch für die Umbenennung, aber erst muss auch noch der Bezirk Treptow-Köpenick werden. Dessen Zustimmung sei zwar „absehbar“, aber offiziell eben noch nicht erfolgt. So arbeiten Behörden, manchmal.

Management für eine vitale Karl-Marx-Straße

Einstimmigkeit für eine Beschlussempfehlung, die die Bündnisgrünen schon im Wirtschaftsausschuss initiiert hatten: Alle Fraktionen stimmten in der BVV nun dafür, das Projekt Management für eine vitale Geschäftsstraße zu starten. Dabei gedacht hatte man an die Karl-Marx-Straße. Damit ist das Bezirksamt aufzufordern, die Möglichkeiten eines solchen Managements im Rahmen der „Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Berlin“ auszuloten. Für die Neuköllner Bündnisgrünen könnte ein solches Projekt als Maßnahme der Europäischen Beschäftigungsstrategie dazu beitragen, auch in Neukölln vorhandene Potenziale des Einzelhandels zu fördern und zu stärken, so zur Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Neukölln beitragen.

Drogenberatung: Neuer Ort, weniger Beratung

Wie wirkt sich der Umzug der Beratungsstelle für Alkohol-

und Medikamentenabhängige vom Neuköllner Kiez in der Uthmannstraße in die Britzer Guttschmidtstraße auf die betroffenen Besucher aus, wollte die Bezirksverordnete Dr. Stelz (Linke.PDS) wissen. Gesundheitsstadtrat Michael Freiberg (CDU) bekannte: Die Zahl der Hilfesuchenden ging um rund 30 Prozent zurück. Umzugs-Kritiker hatten das auch so erwartet: Schließlich fehlt am neuen Standort der direkte Kontakt zur Selbsthilfegruppe „Cafe Uthmannstraße“. Freiberg entdeckte nun aber noch eine andere „Ursache“: Die Sparmaßnahmen des Bezirkshaushaltes, den SPD, Grüne und Linke.PDS gemeinsam verabschiedet haben. Klar: Die CDU ist an den knappen Kassen in Berlin ja auch völlig unschuldig...



Kindesmisshandlung besser verhindern

Wie viele „Kinderschutzfälle“ hat es in Neukölln gegeben, wie will der Bezirk Kindesmisshandlungen besser vorbeugen? Darum ging es in einer großen Anfrage der SPD-Fraktion. Jugendstadtrat Sensibel und ausführlich ging Thomas Blesing (SPD) auf das Thema ein. Das Neuköllner Jugendamt achte sehr sorgsam auf Indikatoren für Kindesmisshandlungen und biete auch in einem „Kinderschutzkompass“ konkrete Hilfe an. Eine eigens gegründete Kinderschutz AG sei ein stets bereiter Ansprechpartner. In den Jahren 2004 und 2005 wurden 455 bzw. 392 „Kinderschutzfälle“ registriert. Die betroffenen Kinder werden in solchen Notsituation vom Jugendamt in Obhut genommen - manchmal nur für einige Stunden, mitunter aber auch auf Dauer. 89 Neuköllner Kinder landeten so in den ersten sechs Monaten des vergangenen

Jahres in der Aufnahme beim Jugendamt, 39 von ihnen mussten längerfristig stationär behandelt werden. Eine Gesellschaft wird zu Recht danach beurteilt, wie sie mit den Schwächsten ihrer Mitglieder, den Kindern, umgeht!

Sonderausschuss zum Berliner Kindl?

Die CDU sorgt sich um eine mögliche Nachnutzung des Kindl-Geländes, nachdem die Brauerei nach Hohenschönhausen „abgewandert“ ist. In ihrer Antwort auf eine entsprechende Große Anfrage ging die Baustadträtin Stefanie Vogelsang auf diese Sorgen ein. Die Immobilie Kindl in Neukölln sei verkauft – an wen wird öffentlich nicht verraten! – und die vorläufigen Pläne des Investors sehen eine Vermietung großer Teile des Geländes an den Einzelhandel vor. Später sollen Gebäude „abgedeckt“ werden und für Büros und Wohnungen entwickelt werden. Baurechtlich ist dieses Gebiet auch für Gewerbe ohne Beeinträchtigungen geeignet. „Für alles andere“, so die Baustadträtin, „muss neues Baurecht erteilt werden.“ Und hier habe der Bezirk die Möglichkeit der Einflussnahme. Neukölln müsse dies als Chance begreifen, um seine Einkaufsstraßen sinnvoll in eine Nachnutzung des Kindl-Geländes einzubeziehen. SPD-Fraktionschef Jürgen Koglin brachte in diesem Zusammenhang die Bildung eines Sonderausschusses ins Gespräch, der Investoren, Planer und Bezirkspolitiker in die Pflicht zu einer attraktiven Nachnutzung nehmen könnte.

Komödie in oder nach Neukölln

Im Bemühen, der Karl-Marx-Straße verlorene Attraktivität wieder zu geben, will sich die CDU an die „Spitze der Bewegung“ setzen. Oder ist ihr Antrag „Komödie nach Neukölln“ am Ende gar nicht ernst gemeint?? Die Christdemokraten wollen prüfen lassen, „ob das denkmalgeschützte Gebäude der ehemaligen Post geeignet ist, die/das „Komödie“ und „Theater am Kürfürstendamm“(!) aufzunehmen.

Neukölln radelt los Masterplan für sicheren Verkehr und neue Routen

Neukölln - Seit Januar liegt er vor: Der Radwege-Masterplan für Neukölln, erstellt von einer Arbeitsgruppe von Tiefbau- und Ordnungsamt, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der örtlichen Polizeidirektion, dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub ADFC und den in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien. Ziel des Masterplanes: Die vom Senat geplanten und teilweise schon fertigen Rad-Routen werden so zu ergänzt, dass man von und zu den wichtigsten Orten in Neukölln zügigen Anschluss erhält, dabei nach Möglichkeit auf wenig von Autos befahrene Nebenstraßen zurückzugreifen kann.



Ideen sind gefragt: Wo fehlen zum Beispiel noch Fahrradständer? Ihre Vorschläge an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin

Denn die vom Senat betriebenen Hauptrouten für den Radverkehr machten um den Neuköllner Norden einen Bogen, ließen die Neuköllner City und die großen Wohngebiete links liegen. Und da hält der Neuköllner Radwege-Masterplan dagegen, ist die für den Bezirk notwendige Ergänzung.

Besonderes Augenmerk gilt nun dem Norden Neuköllns. Erstes bereits umgesetztes Ergebnis ist die Asphaltierung des Maybachufers, Bestandteil der so genannten Tangentialroute 4 vom Südstern nach Treptow. Auf Anregung der Grünen nahm die Arbeitsgruppe die Baumaßnahmen des Quartiersmanagements Reuterkiez zum Anlass, hier neben der Ufergestaltung und Neueinrichtung von Parkplätzen auch gleich die Fahrbahn „anzufassen“. Dabei hat sich der Bezirk um eine radverkehrsfreundliche Lösung bemüht. Noch im Laufe dieses Jahres wird es möglich, vom Graefekiez bis zum Lohmühlenplatz durchzuradeln, muss man dann auch nicht mehr auf holpriges Kopfsteinpflaster oder volle Gehwege ausweichen. Der erfreuliche Nebeneffekt: Die Fußgänger haben auf der kleinen Flaniermeile am Landwehrkanal mehr Ruhe.

Insgesamt sieben Routen sind im Masterplan konkret einschließlich der erforderlichen Maßnahmen benannt. Weitergehende Ideen und Pläne ließen sich bisher in der sehr pragmatisch arbeitenden AG allerdings nicht durchsetzen. So scheiterte eine durchgängige Route zwischen Hermann- und Karl-Marx-Straße an der noch ungeklärten Zukunft des Kindl-Geländes. Zudem stoßen Radverkehrsstreifen auf den Hauptstraßen – so auf der Karl-Marx-Straße – noch auf grundsätzliche Bedenken von Tiefbauamt und Polizei. Radrouten in Rudow machen erst dann Sinn, wenn bekannt ist, wie sich in Folge

des Autobahnbaus die Autoverkehrsströme geändert haben. Hier gilt es, am Ball zu bleiben.

Auf den Weg gebracht wurde der Radwege-Masterplan vor fast drei Jahren durch einen Antrag der Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung. Mit Zustimmung aller Fraktionen nahm im Dezember 2003 dann die Radverkehrs-AG ihre Arbeit auf, legte jetzt die Resultate vor.

Nun werden die Bündnisgrünen den Bezirk drängen, den Masterplan systematisch und kontinuierlich umzusetzen. Finanzielle Unterstützung vom Senat ist dabei durchaus nicht ausgeschlossen, wenn auch nicht garantiert. Ein grundsätzlicher Vorteil für Neukölln: Diese AG hat ein für die Berliner Bezirke bislang einmaliges Konzept vorgelegt. Es ist zu hoffen, dass die anderen nachziehen. Axel Stein

Das sind die sieben neuen Radwege für Neukölln:

1. Oderstraße – Herrfurthstraße – Werbellinstraße – Ganghofer Straße – Innstraße – Elsensteg – Elsenstraße – Treptower Park;
2. Hertabrücke – Siegfriedstraße – Kirchhofstraße – Emser Straße – Braunschweiger Straße (in Gegenrichtung über Wipperstraße und Saalestraße) – Richardstraße – Böhmisches Straße – Hertzbergstraße – Treptower Straße – Treptower Park;
3. Hertabrücke – Ilsestraße – Thomasstraße – Thomashöhe (Grünanlage) – Lessinghöhe (Grünanlage) – Kienitzer Straße – Karl-Marx-Straße – Platz der Stadt Hof;
4. Königsheide – Neuköllnische Allee – Niemetzstraße – Böhmisches Straße – Donaustraße – Reuterstraße – Sonnenallee – Hermannplatz;
5. Paster-Behrens-Straße – Gielower Straße – Rudower Straße – Laubsängerweg – Birkhuhnweg – Johannisthaler Chaussee – Glockenblumenweg – Stubenrauchstraße – Johannisthal;
6. Mariendorf – Tauernallee – Albulaweg – Schieferweg – Tropfsteinweg – Hochspannungsweg – Otto-Wels-Ring
7. Imbuschweg – Johannisthaler Chaussee – Ernst-Keller-Brücke – Königsheide/Großziethen – Buckower Damm – Gerlinger Straße – Christoph-Ruden-Straße – KestENZEILE – Haewerer Weg – An den Achterhöfen – Rufacher Weg – Breitunger Weg – Sangerhauser Weg – Mariendorf.

Christian Kölling

Der neue Radwege-Masterplan ist nur ein erster Schritt

Jetzt müssen die Bürger sagen, wie der Verkehr der Zukunft in Neukölln aussehen soll

Neukölln – Das Radwegekonzept in Neukölln, entwickelt von Vertretern aus der Bezirksverordnetenversammlung, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Polizeidirektion 5, Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs und Tiefbauamt, kann sich durchaus sehen lassen. Doch jetzt sind die Bürger gefragt: Welche Ergänzungen brauchen wir noch, damit das Radfahren vor allem auf kurzen Strecken unter fünf Kilometern attraktiver wird? Ein immer wieder geäußerter Wunsch: Mehr Verkehrssicherheit sowie bessere Abstellmöglichkeiten und Serviceleistungen in Neukölln.

Schon im Herbst 2005 hatte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Unfallkommission eingerichtet. Ihre Aufgabe: die gefährlichsten Unfallschwerpunkte entschärfen. Im Frühjahr werden die Fachleute erste Ergebnisse und Maßnahmen vorstellen.

Getan werden muss aber zunächst mehr für die subjektive Verkehrssicherheit. Denn: Wer sich besonders gefährdet fühlt, der lässt sein Rad eben stehen. Dabei belegen Unfallstatistiken immer wieder: Gerade schwere und tödliche Unfälle gehen zurück, wenn mehr Radler und Fußgänger auf den Straßen unterwegs sind.

Die EU-Kommission hat kürzlich den Rückgang tödlicher Verkehrsunfälle um 50 Prozent bis 2010 gefordert. Doch das offizielle Verkehrssicherheitskonzept „Berlin sicher mobil“ sieht bis dahin lediglich eine Reduzierung um 30 Prozent vor. Das Fachforum Mobilität der Lokalen Agenda Berlin 21 fordert dagegen weiterhin: Bis 2030 Vision Zero, also. Null Verkehrstote auf unseren Straßen. Die Vision 2030: Keine Toten mehr im Straßenverkehr Auch Konflikte zwischen Radfahren und Fußgängern, die zu schweren Unfällen führen können, müssen ange-

sprochen werden. Radfahrer sollten auf sichere Radstreifen auf der Fahrbahn ausweichen, wenn der Platz auf dem Bürgersteig nicht reicht.

Die Attraktivität des Radelns kann außerdem durch mehr Komfort verbessert werden. Längst nicht alle Radler können ihren Drahtesel über Nacht in einem Keller unterstellen, der sicher und leicht zugänglich ist. In Fahrradboxen, das sind rundum geschlossene Metallkästen, können Räder einfach untergestellt werden. Sie sind dann vor schlechtem Wetter, Diebstahl und Vandalismus geschützt. Wenn Hauseigentümer in Abstimmung mit den Mietern diese Fahrradschließfächer auf ihren Höfen aufstellen, kann das eine konkrete Verbesserung sein.

Und auch der Bezirk kann für bessere Abstellmöglichkeiten sorgen. Nach wie vor fehlen in Neukölln die sogenannten Kreuzberger Bügel. An denen kann das Stahlross sicher mit Rahmen und Hinterrad angeschlossen werden.

Häufig sind Räder an Straßenschildern, Laternen und Fußgängerschutzgittern geparkt, weil es keine andere Möglichkeit gibt.

Der Bezirk muss also, wo Bedarf erkennbar ist, weitere Abstellmöglichkeiten einrichten. Als Ergänzung sollten zusätzliche Stellplätze an wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Geschäftszonen sowie an U- und S-Bahnstationen eingerichtet und in das Radwegekonzept aufgenommen werden. Fernziel der Neuköllner Radverkehrsförderung könnte schließlich eine Radstation sein, nach dem Vorbild aus Münster und Köln. Ideal für Pendler und Kurzzeitparker bietet diese Station bewachte Abstellplätze sowie viele Dienstleistungen rund um das Rad. Zur Radstation gehören Mietradverleih, Fahrradservice mit Reparaturbetrieb, Verkauf von gebrauchten Rädern und Ersatzteilen. Sogar eine kleine Waschanlage ist vorhanden.

Erfolg für die Ausbau-Gegner

Gropius-Passagen sind groß genug, sagt nun auch Frau Senatorin

Gropiusstadt – Erfolg für die Anwohner-Initiative und alle anderen Gegner der geplanten Erweiterung der Gropius-Passagen: Die Erweiterungspläne für das Einkaufszentrum an der Johannisthaler Chaussee sind gestoppt. Die zuständige SPD-Senatorin Ingeborg Junge-Reyer nun: Eine solche Erweiterung entspricht nicht den übergeordneten Planungszielen des Senats, widerspricht der Raumordnung und der Regionalplanung.

Eine weiterer Grund für den Erweiterungs-Stopp: Das Projekt sei nicht zentrenverträglich, schade insbesondere der Karl-Marx-Straße, indem es weitere Kaufkraft von dort abziehe.

Mit dieser Senatsentscheidung liegen alle Änderungen des Flächennutzungsplanes (FNP), der die Erweiterung der Gropiuspassagen möglich machen soll-

te auf Eis, ist das Bebauungsplanverfahren beendet.

Die Betreiber des Einkaufszentrums wollten mit ihrer Erweiterung, die Verkaufsfläche um 7.500 m² erhöhen. Dazu sollten 770 weitere Parkplätze entstehen. Das Bezirksamt Neukölln stand diesen Plänen mehrheitlich wohlwollend gegenüber, die Bezirkspolitik war gespalten. Bündnis 90/Die Grünen und Linke.PDS lehnten das Vorhaben ab, CDU wollte kritisch prüfen mit der Tendenz „eher Zustimmung“, lediglich SPD und FDP waren durchweg positiv gestimmt!

Die Anwohnerinnen und Anwohner des „Gropiusstädter Konsumtempels“ kämpfen schon seit Jahren gegen jedweden Ausbau, leiden sie doch schon lange unter den Folgen der bisherigen Größe: Lärm und Abgase, dazu unerträglicher Parksuchverkehr in den Nebenstraßen der Johannisthaler Chaussee

haben die Wohnqualität so verschlechtert, dass viele Mieter in den letzten Jahren die Gropiusstadt verlassen. So auch die Meinung der „Kiezgruppe Otto-Wels-Ring“.

Der Meinungsumschwung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kam einigermaßen überraschend. Denn noch vor eineinhalb Jahren hatte der damalige Senator Strieder die Erweiterungsabsichten der Gropiuspassagen als „zentrenverträglich“ eingestuft und befürwortet. Allerdings hatten auch schon damals die Industrie- und Handelskammer sowie der Berliner Einzelhandelsverband aus ihrer Ablehnung eines weiteren Ausbaus keinen Hehl gemacht. O-Ton IHK: Ein weiteres Wachstum der Verkaufsflächen sollte deshalb nicht ermöglicht werden, weil sonst den bezirklichen Zentren Karl-Marx-Straße und Tempelhofer Damm Kaufkraft entzogen wird und sie deshalb in ihrer Funktion beeinträchtigt werden könnten.

Dieser Argumentation hat sich nun auch die Senatsverwaltung angeschlossen. Sehr zum Ärger des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD), der die Begründung seiner Parteifreundin Junge-Reyer nicht nachvollziehen kann und sie „rundweg falsch“ findet: „So ein Einkaufszentrum



Schon jetzt zählen die Gropiuspassagen zu den größten Einkaufszentren in Europa - allerdings nicht zur Freude der Anwohner, auch nicht zur Freude der Neuköllner Geschäftsleute etwa aus der Karl-Marx-Straße. Nun sind die Erweiterungspläne aber erst einmal gestoppt.

muss sich von Zeit zu Zeit verändern“, meint er. Verändern, ja; aber vergrößern?, fragen da die Neuköllner Grünen. Für sie haben die Gropiuspassagen längst eine „kritische Größe“ erreicht und sehen sich in ihrer Haltung durch die Entscheidung des Senats bestätigt, selten genug!

Die Neuköllner Baustadträtin Stefanie

Vogelsang (CDU) bereitet nun die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens zur Erweiterung der Gropiuspassagen vor. Sie beurteilt die Senatsentscheidung als „politische Entscheidung“, teilt zwar nicht die Begründung, sieht sich aber auch in ihrer skeptischen Grundhaltung bestätigt, eben von allem ein bisschen, oder sollte man sagen: herumgeieert?!



Teilweise ist auf der Karl-Marx-Straße schon Tempo 30 ausgeschrieben. Die Grünen wollen die 30-er-Zone ausweiten

Karl-Marx-Straße: 30 Kilometer pro Stunde müssen reichen

Grüne wollen Verkehrsberuhigung bis Fuldstraße

Neukölln – 30 Kilometer pro Stunde sind genug - jedenfalls auf der Karl-Marx-Straße. Das meinen die Neuköllner Bündnisgrünen, stellen einen entsprechenden Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung.

Nach diesem Antrag soll sich dann das Bezirksamt bei der Verkehrlenkung Berlin dafür einsetzen, den schon bestehenden Bereich der

Tempo 30-Regelung auf der Karl-Marx-Straße in Richtung Hermannplatz bis zur Fulda- bzw. Flughafenstraße auszudehnen. Dann nämlich würden auch dort die Anwohner verstärkt vor Lärmbelästigung und Abgasemissionen geschützt werden.

Zur Begründung des Antrages heißt es: „Mit einem halbherzigen 50-Meter-Abschnitt eines Tempo 30-Bereiches in der Karl-Marx-Straße

lässt sich das im Stadtentwicklungsplan Verkehr vereinbarte Ziel eines besseren Emissionsschutzes und mehr Verkehrssicherheit nicht realisieren. Außerdem: Ein solch kurzer Abschnitt setzt die Wahrnehmungsschwelle für Autofahrer erheblich herab, ist kontraproduktiv.“

Die Bezirksverordnetenversammlung hat den grünen Antrag zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Gemeinde-Dolmetscher in die Neuköllner Krankenhäuser

Sprach-Hürden behindern Ärzte und Patienten

Neukölln – Für viele Neuköllnerinnen und Neuköllner ein Problem: Im Krankenhaus versteht sie niemand - zumindest nicht der deutsche Arzt. Und der ist dann auch ziemlich machtlos, wenn seine Patienten ihre Leiden nicht beschreiben können. „Gemeinde-Dolmetscher“ in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, die sprachunkundigen Immigrantinnen und Immigranten zur Seite stehen, könnten da Abhilfe schaffen, sagen die Neuköllner Grünen, stellten dazu einen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung.

Denn nach dem Berliner Modellprojekt der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung gibt es den so genannten Gemeinde-Dolmetscher bereits. Und solche Gemeinde-Dolmetscher, meinen die Grünen, müssten gerade auch in Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen Neuköllns eingesetzt werden.

Eine mögliche Finanzierung dieses Projektes: Drittmittel der Europäischen Union, Gelder der kommunalen Beschäftigungsmaßnahmen.

Bei der Umsetzung des Projektes Gemeinde-Dolmetscher, so die Grünen in ihrem Antrag, sollte unbedingt auch auf die Erfahrungen der Patienten-Fürsprecherinnen und -fürsprecher zurückgegriffen werden.

Zur Begründung ihres Antrages schreibt die bündnisgrüne BVV-Fraktion: „Viele Veranstaltungen im Bezirk (Gesundheitstage, Besuch von Kiez-Einrichtungen etc.) zeigen, wie groß die Defizite auf diesem Gebiet sind. Menschen, die schwer erkranken, oder Opfer von Unfällen sind (z. B. auch Feuer in Wohnhäusern), befinden sich oft in hochdramatischen Ausnahmesituationen. Sie bedürfen dringend einer sprachlichen Unterstützung, Laiendolmetscher wie Kinder, Bekannte oder Verwandte sind Zufallshilfen und oft nicht angebracht bzw. hilfreich. Der Einsatz von in gesundheitlichen Fragen geschulten Dolmetscherinnen und Dolmetschern ist notwendiger und sinnvoller Bestandteil der Integration.“

Wie es mit dem Thema „Gemeinde-Dolmetscher“ weiter geht ist nun Thema im Gesundheitsausschuss.

Hermannplatz soll schöner werden

Neukölln – Der Hermannplatz soll in einen attraktiven Stadtplatz mit deutlich verbesserter Aufenthaltsqualität für die Bürger umgebaut werden. Das forderten die Bezirksverordneten-Fraktionen der Bündnisgrünen, der SPD und der Linkspartei.PDS in einem gemeinsamen Antrag.

Zu diesen Veränderungen sollte nach Auffassung der drei Fraktionen eine veränderte Verkehrsführung gehören. Die nordwestliche Fahrbahn im Eingangsbereich vor Karstadt soll verlegt, der Verkehr über die südöstliche Fahrbahn gelenkt werden. Die dadurch gewonnene Fläche sollte den neu gestalteten Platz vergrößern. Auf der Wunschliste außerdem: Eine Begrünung insbesondere im Randbereich der Fahrbahnen sowie eine attraktivere Gestaltung des Marktes.

Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung... ? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle

- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt.-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))



15 Jahre Berufserfahrung

C & M - Brünne (GBR)

Service rund um Ihr Unternehmen

Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne
Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62/Fax: 661 00 63
mobil: 0162 - 106 36 92
e-mail: christine.brueenne@web.de

Die bündnisgrüne Debattenseite – Ideen, Meinungen, Positionen

Sie wollen Ihre Meinung äußern? Post an: Red. Stachel, c/o Grüne Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin, E-Mail: neukoelln@gruene-berlin.de. Oder besuchen Sie unsere Internet-Seite www.gruene-berlin.de/neukoelln, von dort aus gelangen Sie direkt auf unser Online-Forum.

Freiheit heißt, man darf auch reden, wie man will

Da bekommt sie viel Lob, die angeblich so freiwillige Vereinbarung einer Berliner Schule, wonach die Schüler auch in der Pause auf dem Schulhof gefälligst Deutsch untereinander zu reden haben. Und genau so vehement wird sie gescholten. Das nutzt der Integration, sagen die Befürworter. Das schadet der Integration, meinen die Kritiker.

Ein Argument fällt in dieser Integrationsdebatte bei beiden Seiten unter den Tisch. Staatliche Institutionen – und dazu zählt auch Schule – können zwar alles regeln, aber ein freiheitlicher Staat ist eben darauf bedacht, dass nicht alles geregelt wird. Auf den Punkt gebracht: Pausen gehören zur Freizeit. Und in seiner Freizeit hat nun mal jeder das Recht, so zu reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Im Unterricht mag – zu Recht – Deutsch gefordert sein. Wie Jugendliche in der Freizeit reden, geht weder Schulbehörde noch Selbstverwaltung irgendetwas an.

Und was heißt Vereinbarung? Im Rahmen der Gesetze dürfen Personen vereinbaren, was immer sie wollen. Aber zwei können nicht vereinbaren, wie der Dritte zu reden hat. So bleibt diese „freiwillige Vereinbarung“ eine „order mufti“. Zur Integration gehört übrigens vor allem auch die Vermittlung von freiheitlichen Werten. Solche order muftis stehen in einer anderen Tradition. D. Fritz

Berliner Luft – längst jenseits der Grenzwerte

Feinstaub ist die größte Herausforderung für die Luftreinhaltungspolitik der Städte und Gemeinden. Besonders in den Innenstädten und in stark mit Verkehr belasteten Gebieten ist ein schnelles Handeln nötig, um weitere Belastungen der Anwohner zu vermeiden.

Aber was ist eigentlich Feinstaub? Unter Feinstaub versteht man Partikel mit einer Größe, die kleiner als ein 10 Tausendstel-Millimeter (10 µm) ist. Diese Partikel gelangen in die feinsten Verästelungen der Lunge und lagern sich dort ab. Dieses Schadstoffgemisch besteht aus einer Vielzahl von chemischen Substanzen, mit teilweise Krebs erzeugender Wirkung. Es verursacht in den Atemwegen lokale Entzündungen, die zu Husten, Atemnot, Bronchitis und Asthmaanfällen führen können.

Nicht nur seit dem Jahresbeginn ist die Berliner Luft stark mit Feinstaub belastet, täglich werden die Grenzwerte an den Neuköllner Messstationen überschritten. Im letzten Jahr wurde an der Messstation in der Silbersteinstraße die Grenzwerte von 50 µg/m³ Luft an 72 Tagen überschritten, die Messstation in der Karl-Marx-Straße meldete an 53 Tagen eine Überschreitung der Grenzwerte.

Allein die Messstation in der Nansenstraße lag mit 29 gemeldeten Überschreitungen unter den zulässigen 35

Überschreitungen pro Jahr.

Auch für dieses Jahr ist mit einer deutlichen Überschreitung der zulässigen Grenzwerte zu erwarten., den bisher meldeten die Meßstationen in der Silbersteinstraße und der Karl-Marx-Straße eine Überschreitung an 17 Tagen (Stand 27. Januar 2006).

Dennoch kann sich der Senat, insbesondere die zuständige Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, nicht zum Handeln durchringen. Im letzten Jahr wurde zwar die Silbersteinstraße für den LKW-Durchgangsverkehr gesperrt, aber noch immer fahren täglich viele LKW's durch die Silbersteinstraße.

Sollten mit dieser Entscheidung nur die Anwohner ruhig gestellt werden? Eine andere Möglichkeit zur Lösung des Problems wäre da die Schließung der Messstationen, denn wo nicht gemessen wird, können auch keine Grenzwerte überschritten werden. Wie anders ist die Schließung der Meßstation an der Charlottenburger Stadtautobahn zu werten? Die zulässigen Grenzwerte an dieser Station wurden vom 1. Januar 2005 bis zum Tag ihrer Schließung am 23. März 2005 an 23 Tagen überschritten.

Es bleibt zu hoffen, das der Senat endlich Schritte zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung unternimmt.

Rainer Penk



Hauptursache für die Feinstaubbelastung: Der Personenkraftverkehr.

Mehr messen – für bessere Gesundheit

Neukölln – Zur genauen Messung der Luftgüte benötigt Neukölln ein dichteres Netz von Messstationen. Deshalb beantragen die Bündnisgrünen in der Bezirksverordnetenversammlung nun, dass das Luftgüte-Messnetz ausgebaut wird – auch durch mobile Messstationen.

können dazu beitragen, durch konkrete Erkenntnisse eher zu künftig notwendigen Handlungsalternativen zu gelangen, zum Beispiel bei der Verkehrsplanung.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat den grünen Messstationen-Vorstoß zur weiteren Beratung nun an den Gesundheits- und den Verkehrsausschuss überwiesen.

Dort stehen die Aussichten, dass er schließlich befürwortet wird, nicht schlecht. Die Frage ist nun, wann er denn auch umgesetzt wird.

Begründung: Erheblicher Verursacher der Luftverschmutzung ist und bleibt der Kraftverkehr. Die Ergebnisse zusätzlicher Messstationen

Stachelige Neuköllner Kultur-Tipps

Ein Netzwerk für die Künstler von Neukölln

Neukölln – Existiert eine eigene Kunstform in Neukölln? Tom der Toys, der das Portal des Künstlernetzwerks Neukölln redaktionell betreut, verneint die Frage nach kurzem Zögern. Die Website sei aber eine Besonderheit. „Galerien stellen nur ihre haus-eigenen Künstler im Internet vor, daher das Neuköllner Portal für Künstler, die keine eigene Homepage haben, eine der wenigen Möglichkeiten, ihre Arbeiten vorzustellen.“ So der Maler, Musiker und Dichter, den Huxleys „Brave new world“ zu seinem Künstlernamen inspirierte.

In einem kurzen Einführungskurs bekommen neue Mitglieder technisches Wissen zur Gestaltung ihrer eigenen Seite vermittelt. Jeder kann sie dann von seinem Computer von zuhause aus bearbeiten und Bilder, Texte, Lebensläufe, Videos oder MP3-Dateien mit Tönen selbst ein-

fügen. Mehrere Sparten von Audio bis Zeichnungen stehen dafür zur Verfügung.

Seitdem die Fördergelder aus dem Topf des europäischen Sozialfonds zur Aufbau des Portals und des Büros ausgelaufen sind, kostet der Kurs zehn Euro. Am 31. Mai ist eine große Benefizgala geplant, um die Arbeit für die nächste Zeit sicherzustellen.

Planziel: 100 Mitglieder bis zur großen Gala

Für Tom de Toys wäre es schön, wenn das Netzwerk bis dahin auf 100 Mitglieder angewachsen wäre. Es steht Malern, Tänzern, Fotografen, Literaten und interdisziplinär arbeitenden Künstlern als Vermarktungsplattform offen. Eine Meldeanschrift in Neukölln ist nicht Bedingung.

Viele Mitglieder leben schließlich

in anderen Berliner Bezirken oder sind in ihre Heimat zurück gekehrt. Der Programmierer wohnt als Musiker in Hamburg und betreut www.kuenstlernetzwerk-neukoelln.de von dort aus.

Die Bandbreite der Mitglieder kann nicht nur online, sondern auch vor Ort besichtigt werden. Die beiden Räume des Netzwerks, Büros und Galerie, befinden sich in einer ehemaligen Eckkneipe in der Selchow-Straße.

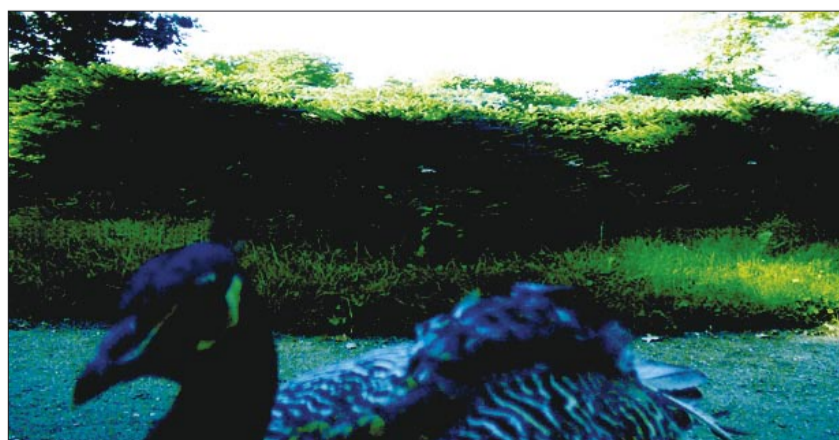
Um die Kommunikation untereinander zu verbessern ist ein regelmäßiger Stammtisch geplant. Im August findet ein Projekt mit der „Kolonie Wedding“ statt, für das ein Unternehmer 50 Plakatwände zur Verfügung gestellt hat.

Für Tom de Toys liegt diese Aktion nahe: „Es gibt sehr viele Parallelen zwischen Neukölln und dem Wedding: die soziale Struktur, die unterschiedlichen Kulturen und Ähnlichkeiten bei der selbstverwalteten Kunstszene.“

Liebhaber der bildenden Kunst, die nicht so lange warten möchten, haben noch bis zum 19. März die Gelegenheit, sich die Arbeiten von zwei Neuköllnerinnen in der Galerie im Körnerpark anzusehen. Birgit Hölmer und Beate Klompmaker haben sich für ihre Fotografien, Objekte, Zeichnungen und Malereien in Parkgärten und Orangerien umgesehen. ska



Unter dem Titel „Nachschattengewächse“ zeigen Birgit Hölmer und Beate Klompmaker ihre Arbeiten in der Galerie im Körnerpark.



Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name _____ Straße _____ Wohnort _____

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440628, 12006 Berlin

REISSCHALE

Asiatische Lebensmittel & Naturkost
Karl-Marx-Straße 181 · 12043 Berlin
☎ (030) 687 73 73

Des Stachels bunte Seite

Neuköllner Fluthilfe-Dorf ist fast fertig

Spendengelder ermöglichten den Tsunami-Opfern von Tangalle in Sri Lanka einen Neuanfang

Neukölln/Tangalle – „Neukölln baut Schule für Tangalle“ schrieb der „Stachel“ vor einem Jahr, rief zum Spenden für die vom Tsunami zerstörte Gemeinde an der Südküste von Sri Lanka auf. Das ursprünglich geplante Schul-Projekt ließ sich - bürokratische Hürden - zwar nicht umsetzen, aber dafür ist das neue Dorf für die Flutopfer dank Neuköllner Spenden nun schon fast fertig.



Die Familie Wasantha gehörte zu denen, die durch den Tsunami Weihnachten 2005 ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Auch wenn der Außenputz noch fehlt - nun ist ihr neues Haus, errichtet mit Hilfe der Spenden aus Neukölln, schon bezugsfertig. Fotos: Neuköllner Fluthilfe-Projekt



Und so gab es für die Helfer auch mehr zu tun, als sich ausschließlich um den Bau der neuen Häuser zu kümmern.

Dabei das Grundprinzip des Hilfsprojektes: Alle Hilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe, die Begünstigten müssen erbringen einen angemessenen Eigenbeitrag, arbeiten zum Beispiel beim Aufbau der Häuser selber mit. Und das bleibt für die nächste Zukunft noch zu tun:

Um die Fischerei wieder in Gang zu bringen, werden noch Boote und Ausrüstung benötigt;

die Bootsanlegestelle muss saniert, eine Kühlanlage für den Fischfang neu errichtet werden;

für die Reparatur der Boote soll eine Werkstatt gebaut werden;

für diese künftige Werkstatt müssen Schweißer, Tischler, Maurer, Elektriker und Installateure ausgebildet werden;

um künftig ein höheres Einkommen erzielen zu können, sollen die Fischer in Qualitätssicherung und Vermarktung geschult werden;

und schließlich müssen viele Witwen in Tangalle überhaupt erst einen Beruf erlernen.

Dazu kommen aber auch noch die Programmpunkte für den Umweltschutz, etwa die Säuberung der Mangrovenwälder und der Lagune, der Aufbau einer Baumschule.

Damit sind die Neuköllner Spendengelder sinnvoll eingesetzt, tragen langfristig zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei.

Wer wissen will, wie er noch helfen kann, wendet sich an Franziska Sülleke im Bezirksamt, die Koordinatorin des Hilfsprojektes. Mehr Infos gibt es im Internet unter der Adresse www.berlin.de/neukoelln.



Unter der Lupe

Nord-Süd-Gefälle

Die neue Autobahn am Teltowkanal hat also eine „spürbare Verbesserung der Lebensqualität“ für Neuköllner Bürgerinnen und Bürger gebracht. So sagt jedenfalls Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU). Das mag für Anwohner der Bundesstraße 179 (Straßenzug Buschkrugalle, Rudower und Neuköllner Straße) gelten und natürlich für PS-verliebte Autofahrer.

Für Anwohnerinnen und Anwohner einiger „Nebenstraßen in Rudow“ hält sich die Freude in sehr engen Grenzen, sind sie doch nun von einem Verkehr betroffen, der sich von den Zu- und Abfahrten der Betonpiste am Teltowkanal durch ihre Wohngebiete quält. Mit den allseits bekannten Folgen: Lärm, Abgas und Gestank! Nicht dass Südneuköllner eine höheren Anspruch auf Ruhe und saubere Luft hätten; aber es bleibt doch festzustellen - was übrigens alle Verkehrsplaner längst wissen - wer Autobahnen baut, verlagert Verkehr; und allgemein: wer Straßen baut, ermet Verkehr.

Doch Abhilfe ist unterwegs, in Form von Entwicklungshilfe aus dem Norden: Am Richardplatz stand mal eine „Diagonalsperre“, eine Straßensperre, die den Durchgangsverkehr aus dem Richardkiez verbannte. Leute im Ehrenpreis- und Mimosenweg, freut euch! Sie sperren euch vielleicht die Straße, und dann ist wieder Ruhe! Bis zur nächsten Autobahnteilstückeröffnung, von wegen der „Verbesserung der Lebensqualität“.

Jürgen Biele

Der Stachel für die Kids

So seid ihr sicher auf dem Rad

Der Igel erklärt Euch

Der Igel erklärt Euch

Zugeben, noch ist nicht das ideale Fahrradwetter. Aber die Tage werden länger und die Sonne lässt sich bald wieder längere Zeit blicken. Eigentlich ideal, jetzt in den Keller zugehen und mal nach dem Drahtesel zu gucken. Macht ihn rechtzeitig fit für die neue Fahrradsaison.

Doch Luft aufpumpen ist nicht alles, Licht und Bremsen müssen funktionieren!

Eine kleine Checkliste, was ein gutes Fahrrad ausmacht:

Was ein gutes Fahrrad wirklich braucht:

Gute Beleuchtung vorne und hinten, Standlicht, damit ihr bei Stoppschildern und roten Ampeln nicht im Dunklen steht, ein Gepäckträger, eine Klingel, Schutzbleche, damit der Dreck nicht an die Klamotten spritzt, die richtige Höhe von Sattel und Lenker (verstellbar, ihr wollt doch noch

wachsen, oder), ein Sattel, auf dem ihr gut sitzen könnt, und für die ganz Schnellen eine gute Gangschaltung, Funktionierende Bremsen, Luftpumpe und ein gutes Fahrradschloss.

Fahrrad o.k., doch wie sicher seid ihr? Wer erwachsen ist, hat auf dem Fußweg nichts mehr zu suchen! Dort dürft nur ihr Kids bis zehn fahren. Für Kinder bis acht Jahre gilt die Regel andersherum: ihr müsst auf dem Fußweg fahren, denn die Straße ist zu gefährlich. Bis zehn Jahre dürft ihr das noch, doch dann heißt es: Radfahren nur noch auf Radweg oder Straße.

Die Ampel ist rot - aber bitte nicht neben den LKW stellen

Mit dem Rad an der Ampel: Aufpassen beim „Toten Winkel“

Es ist natürlich besonders wichtig, dass ihr die Verkehrsregeln wirklich gut kennt. Was macht ihr zum Beispiel, wenn ihr auf der Straße fahrt

und an eine Ampel kommt? An den Autos vorbei bis nach vorne drängeln? Nein, bitte nicht an diesen Fahrzeugen vorbeifahren, sondern dahinter warten. Stellt euch einfach mal vor: an der Ampel steht ein großer LKW und ihr stellt euch als Radfahrer daneben. Wenn die Ampel grün wird und der LKW will rechts abbiegen, sieht er euch nicht, weil ihr im so genannten „Toten Winkel“ steht. Also: lieber hinten anstellen, auch wenn die Abgase nerven...

Abbiegen - auch links rum kann's gefährlich werden!

Wer auf der Straße nach links abbiegen will, muss fast schon Zauberkräfte haben - gleichzeitig lenken, Handzeichen geben, nach hinten schauen und noch die Straße vorn im Auge behalten. Steigt ab, wenn ihr euch unsicher fühlt. Lieber geht ihr einmal geradeaus und einmal links über die Fußgänger-

ger-Ampel. Ihr kommt so sicher und stressfrei dort an, wo ihr hin wolltet.

Licht, Licht und noch mal Licht. Damit ihr nicht übersehen werdet!

Ja, und dann ist noch eure Kleidung wichtig. Keine dunkle Sachen tragen, besser Helle mit Leuchtstreifen.

Zur Sicherheit immer einen Helm tragen, die gibt es auch in leichteren Ausführungen, so dass ihr nicht schwitzt.

Achtet auf das Prüfsiegel, dann seid



Zum sicheren Fahrrad gehört auch immer der Helm auf deinem Kopf...

ihre auf der sicheren Seite. Na dann bis bald! Vielleicht sehen wir uns ja schon demnächst auf einem der neuen Fahrradwege in Neukölln.



• Der letzte Punkt

Ein Regierender Bürgermeister muss ja nicht jede Straße kennen. Ein Kandidat fürs Abgeordnetenhaus aber doch schon seinen Wahlkreis. Friedbert Pflüger, CDU-Spitzenkandidat, verkündete, dass er im „Wahlkreis Britz“ antritt. Nanu, seit wann gibt es denn den? Der gute Mann meinte die Gropiusstadt - die mit dem eigentlichen Britz aber nicht viel zu tun hat. Naja, er will ja ohnehin nicht Abgeordneter werden. Muss er auch nicht.